

Diese Zeitung erzielt
jede Woche Sonnabends
Briefe aus Dauertarif
die Post beginnen 12.
Eingetragen in die Post-
leistungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlagssatz: Nr. 368 15, Börsedamm Hannover.

Verlag von A. Steen.
Tend von E. U. S. Meister & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Gebhard Bräili, Hannover.
Redaktionsschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition:
Hannover, Börsedamm 7, 2 Et. — Fernschach-Anschluss Nord 3002.

Anzeigenpreis:
Arbeitsvermittlung und
Bürostellen-Anzeigen, die
gehaltene Seite 1,-
1,-
Geschäftsanzeigen werden
nicht aufgenommen.

Der wöchentliche Beitrag wird einheitlich als Verbandsbeitrag erhoben und richtet sich in seiner Höhe nach dem Tariflohn. Grundlage ist die Leistung eines Stundenlohnes.

An die Gewerkschaftsmitglieder.

In ihrem Aufruf vom 25. August „An das deutsche Proletariat“ hat die Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands wieder einmal ihr wahres Gesicht gezeigt.

Die jetzige furchtbare Not und die nur zu berechtigte Erregung der Arbeiterschaft ruft die Kommunistische Partei aus, um die Arbeiter, Angestellten und Beamten aufzutreten — gegen die Gewerkschaften!

Wie schon so oft, erhebt auch dieser kommunistische Aufruf gegen die Leitungen der Gewerkschaften und die sozialistischen Parteien den blöden Vorwurf, sie hätten sich mit der Kapitalistensklasse verbündet. Von den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften sagt der Aufruf in Beziehung auf ihre der Reichsregierung unterbreiteten Vorschläge zur Bekämpfung der Teuerung, es sei ihnen mit ihrem Vorgehen gar nicht ernst. Sie wollten keinen Kampf (die Kommunisten „kämpfen“ ja immerfort), sondern eine „burgfriedliche Verständigung der Instanzen unter vier Augen“, und deshalb hätten sie „die verächtlichen Massen ausgeschaltet“. Ebenso sollen die Instanzen auch möglichst den Druck auf die Regierung ausgeschaltet haben.

Deshalb fordert der kommunistische Aufruf das deutsche Proletariat auf, sich „entschlossen und mit aller Macht gegen die Instanzen“ zu wenden.

Unerbittlicher Kampf gegen die Gewerkschafts- und Parteiinstanzen! — so wird die Aufforderung zum Angriff gegen die Gewerkschaften und ihre gewählten Leitungen mehrfach wiederholt.

Wie in Italien die willigemachten Horden der Reaktion die Gewerkschaftsführer morden, die Gewerkschaftshäuser stürmen und niederbrennen, so sollen jetzt bei uns in Deutschland wohl die durch die Not erregten und verhorrten Massen durch kommunistische Völker und Phrasen noch mehr aufgepeitscht und zu ähnlichen Taten angeregt werden. Versuche dieser Art mit tödlichen Angriffen auf Gewerkschaftsangehörige durch kommunistisch verhetzte Elemente mügten wir ja schon früher erleben.

In Italien kämpft so die Reaktion gegen die Arbeiter. In Deutschland aber ruht eine angebliche Arbeiterpartei ihre Anhänger zum Kampfe auf gegen Arbeiter.

Obendrein eine Partei, die fortgesetzt nach der Einheitsfront der Arbeiter schreit und sieht auch ihre Freundschaft zu den Gewerkschaften beteuert. Welche elende Hüngelei das ist, zeigt die Zentrale der KPD. Deutlich mit diesem neuen Schwindelaufzug.

Wir nehmen zu ihm öffentlich das Wort, nicht um mit der kommunistischen Zentrale zu diskutieren — kein ehrebarer Gewerkschaftsleiter kann uns das mehr zutrauen! —, auch nicht etwa aus Angst und Furcht vor ihren Drohungen, wir sind in vergangenen Zeiten auch vor Drohungen und Drohungen durch viel stärkere Mächte nicht zurückgeschreckt! — sondern lediglich aus dem Grunde, weil wir es für unsere Pflicht halten, die Gesamtheit der Gewerkschaftsmitglieder auf diesen neuen kommunistischen Stand aufmerksam zu machen.

Keinen größeren Arbeiterverrat kann es geben als den, gerade in dieser schweren Zeit die Mitglieder gegen ihre gewählten Leitungen zu heben, Uneinigkeit und Unfrieden in der Arbeiter- und Angestelltenchaft zu schüren, wie es die Kommunisten tun.

Das Interesse der gesamten Arbeitnehmerchaft macht es notwendig, diesen erneuten kommunistischen Betrug öffentlich festzustellen und zu brandmarken.

Berlin, den 29. August 1922.

A. Steen, gez. Th. Leipart. A. U. S. Meister, gez. B. Süß. D. Süß.

Die Gewerkschaften gegen die Verelendung der Arbeiterschaft

Die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften haben mit dem Reichskanzler über durchgreifende Maßnahmen gegen die Teuerung verhandelt und ihm folgende Vorschläge unterbreitet:

Einschränkung der Einfuhr auf das geringstmögliche Maß, insbesondere Unterbindung der Einfuhr von Luxuswaren, wie z. B.: Zigaretten, Tabake, Bier, Tee, Schokolade, Pelze, Seide usw.

Erhöhung der Ausfuhrabgaben.

Kontrolle des Deutschenhandels mit dem Ziel, daß nur derjenige ausländische Devisen erhält, der sie ausschließlich für den Handelsverkehr mit dem Ausland braucht. Verbots der Devisenspekulation und Beschlagnahme aller darin erzielten Umsätze.

Vorbereitung der notwendigen Maßnahmen zur Auslegung einer inneren Goldanleihe unter Heranziehung der Sachwerte zur Deckung einer solchen.

In Verbindung damit Vorbereitungen für eine Emission der deutschen Währung.

Schärfere Einziehung der Einkommensteuer.

Kreditmaßnahmen unter Garantie der Reichsregierung.

In innerpolitischer und wirtschaftspolitischer Hinsicht wurden gefordert:

Maßnahmen zur Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln. Schärfste Überwachung des Viehhandels und des Fleischexportes. Verbot der Ausschöpfung von Weinbrandwein; Verbote der Verwendung von Kartoffeln, Getreide, Mais, Reis und sonstigen zur menschlichen Ernährung notwendigen Produkten zur Herstellung von Branntwein.

Einschränkung der Bierbrauerei, Verbot der Herstellung von Bier mit mehr als 8 Prozent Stammwürze. Strengstes Verbot der Verwendung von Suderkübeln zur Bierbrauerei.

Wiedereinführung der öffentlichen Bewirtschaftung des Gutes, Verbot der Verwendung von Zucker zur Herstellung von Konfitüren, Löffern, Schnaps, Schaum- und Obstwein. Einschränkung des Süderverbrauchs bei der Herstellung von sonstigen Luxusflüssigkeiten und Backwaren. Begrenzung der Herstellung von Kunsthonig, Marzipan und Obstkonfitüren nach Menge und Zuckergehalt. Beibehaltung des Ausfuhrverbots für Erzeugnisse dieser Art.

Berichtigung der Bestimmungen zur Erfassung der Milch und der Milchprodukte für Zwecke der Vollversorgung.

Schärfere Abschaffung des Besteckfondes.

Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch. Bestrafung derjenigen Fleischunternehmen, die mehr als einen von festzusehrenden Teilbeitrag ihres Fanges an ausländischen Märkten abschaffen, gegebenenfalls durch Beschlagnahme der Fahrzeuge.

Maßnahmen gegen den unmäßigen Aufwand in Gastr und Speiseküchen. Wiedereinführung der Bestimmung, nur zwei Fleischgerichte zu verbreiten. Schärfste Bestrafung der Dielen, Bars usw.

Durchgreifende Maßnahmen auf dem Gebiete des Bau- und Wohnungswesens.

Berichtigung der Strafbestimmungen gegen den Bucher, insbesondere gegen die Zurückhaltung von Baren in gewinnstüchtiger Weise.

Bessere Versorgung der Arbeitshäuser, der Sozialrentner, Kleinrentner usw.

Die Vertreter der sozialistischen Parteien haben sich mit dem Vorgehen der Gewerkschaften einverstanden erklärt.

Mitteluropa am Abgrund.

Parallel mit dem rasenden Sturz der deutschen Mark fällt die Valuta der übrigen valutaschwachen mitteleuropäischen Länder, die ungarische Krone, die polnische Mark, die österreichische Krone. Ist der Sturz der Valuten nicht aufzuhalten, so wird das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben der ganzen kapitalistischen Welt vor unabsehbaren Umwälzungen gestellt sein.

Die Handelsbilanz der valutaschwachen mitteleuropäischen Staaten ist im allgemeinen schlecht. Ihre Einfuhr ist wesentlich größer als ihre Ausfuhr. Neben diesem gemeinsamen Druck wirken aber noch die verschiedensten Gründe erschwerend auf die bunten Valuten ein. Deutschland zieht seine ungewöhnliche Reparationslast hinab, Österreich kann von den Wehen der überstandenen Operation seines Herausgetrennens aus der großen Wirtschaftseinheit der Monarchie, nicht zu sich kommen. Ungarn leidet unter dem Fluch der unmöglichsten, die bestehenden klassen freilich wenig berührende Finanz- und Wirtschaftspolitik.

Obgleich jedoch das Valutaelend jedes der valutaschwachen Länder keine besonderen Ursachen hat, so ist es doch der Sturz der „führenden“ schlechten Valuta, d. h. eben der deutschen, der die anderen mit ungemeinem Heiterkeitswert wie der des Bergführers die an ihn gesetzten Bergsteiger.

Was werden die inneren Folgen des Marktaufzuges sowie der österreichischen und ungarischen Kronenkrise sein?

Bei der Prüfung dieser Frage müssen wir uns vor Augen halten, daß die schlechte Valuta in erster Linie das Geld des armen Mannes ist. Der arme Mann hat nur mit införmidarem Geiste zu tun. Und an der Entwicklung der eigenen Valuta muss vor allem der verlieren, welcher von Arbeitslohn oder freiem Gehalt lebt.

Ein beträchtlicher Teil der bestehenden Klassen profitiert von der Verschärfung der inländischen Valuta. Und zwar denken wir hier nicht allein an die Spekulanten, die im Grunde nicht gerade an der Wertabnahme, sondern an den Wertabwärtsen ihre Profite machen. Es profitiert an dem Rest der Valuta der

Industriekapitalist, der die Devisen beiseite legt, Kredit in Anspruch nimmt und, da das Geld zur Zeit der Entzweiung weniger wert ist als zu der Zeit, als er den Kredit in Anspruch nahm, an dem Kreditgeschäft seinen Gewinn erzielt. Und da mit der Entwertung des Geldes die Löhne nicht im gleichen Verhältnis zunehmen, so profitiert er auch an dem daraus entstehenden Abstand. Es profitiert der Großgrundbesitzer, der vergleichsweise niedrige Löhne zahlt und gewaltige Preise einheimst. Es profitiert der Bankier, dessen Geschäfte im Zusammenhang mit der Geldentwertung in unglaublicher Weise gefördert, dessen Umsatz folglich gesteigert wird.

Diese Profitmacherei besteht jedoch nur in den Regionen des Großkapitals, und je mehr die Entwertung des Geldes zunimmt, desto höher kommt rückt auch jene Grenzlinie, die die Gewinnernten von den Verlierenden scheidet. Mit der Entwertung des Geldes wächst auch der Kapitalbedarf der industriellen Unternehmen; wer nicht über genügenden Kapitalbesitz, über eine ausreichende Reserve an Devisen verfügt, der muß im wirtschaftlichen Kampfe unterliegen. Im Kriege sowohl wie in der Periode nach dem Kriege führt der Siegeszug des Großkapitals über Leichenhügel von Kleinkapitalisten hinweg.

Wiewohl aber einem wesentlichen Teil der Kapitalisten die Gefahr droht, Opfer des Valutariums zu werden, so wird doch in allen valutaschwachen Ländern jede Steuerreform-Bewegung heftigstem Widerstand begegnen. Dies gilt für jeden auf Rettung der zerstörten Valuta, auf Wiederherstellung des finanziellen Gleichgewichts gerichteten Versuch, der naturgemäß auf Kosten der bestehenden Klassen unternommen werden soll. Nur eine die Besitzenden mit gesellschaftlicher Katastrophe bedrohende Aufschaltung der vom Valutarium betroffenen beispiellosen Volksteile, nur die Gefahr der gänzlichen Entwertung des Geldes vermag die bestehenden Klassen in Bewegung zu setzen. Und in dem Maße, als dieser Druck nachlässt, zerstreuen auch die in unangefochtener Aufwallung gefassten Geflüsse und Projekte.

Und dieselbe Kurzfristigkeit, dieselbe Schwefälligkeit, welche die bestehenden Klassen dem Valutarium gegenüber auf dem Gebiete der inneren Finanzpolitik befinden: genau dasselbe ist in dem Verhältnis der Staaten mit guter, gegenüber jenen mit schlechter Valuta zu bemerken. So schwer z. B. die österreichischen Bankiers dazu zu bewegen sind, zur Verbesserung der österreichischen Valuta ihre mächtigen Devisionssorten in einem gewissen Maß zur Verfügung zu stellen, ebenso schwer sind die neutralen und die Siegerstaaten in der Frage der Finanzhilfe für Österreich in Bewegung zu bringen.

Und doch ist heute schon die Beziehungsrichtung zwischen den Valuten der verschiedenen Länder ganz offenkundig, und die Tatsache, daß die Staaten der kapitalistischen Wirtschaft kommunistierende Gefüße sind, zum Gemeinsatz geworden. Der Valutarismus eines Staates ruft eine wirtschaftliche Krise in dem anderen hervor, dessen Industrieprodukte infolge dieses Valutariums des ersten keinen Absatz finden usw.

Dennnoch aber sehen wir hier dasselbe wie im inneren Leben der Staaten. Solange das Vermögen der Fabrikanten und Bankiers nicht geradezu von der Gewegegefahr des wirtschaftlichen Raums umzingelt ist, bis dahin können sie auch vor jedem Opfer zurück. Solange die mächtigen Sieger nicht am eigenen Leib den Druck jener elementaren Wahrheit verspüren, die jedem bekannt ist, der nur eine klasse Idee von den Grundprinzipien der Wirtschaft besitzt, bis dahin bleiben sie unerschütterlich.

Als erstes röhrt sich England, dessen Industrie am ehesten die Wirkungen der zerstörten Mark zu spüren bekommt. Frankreich bleibt unbeweglich. Die Anzahl der Freunde eines europäischen Wirtschaftsreichs erstarke in Frankreich erst damals, als die führende Mark auch die Franks mit sich zu reißen begann. Und wie schwer kommt es Frankreich an, selbst unter solchen Umständen auf die Legende des ins Unbegrenzte zahlungsfähigen Deutschland zu verzichten! Als die österreichische Krone auf den Stand des Schweizer Centime herunterkommt, da taucht auch schon das Projekt der Aufhebung der Pfandrechte der Siegerstaaten auf. Jetzt sieht die deutsche Mark genau so wie die österreichische Krone zur Zeit, als die Aufhebung der Pfandrechte zum gemeinsamen Wohl der Sieger geworden war. Und gegenüber Deutschland freilich geht, da an die deutschen Reparationen bei weitem stärkere wirtschaftliche und politische Interessen geknüpft sind, als an die österreichischen, der Verzicht naturngemäß viel schwerer und mit weit stärkeren Geschäftserträgen vor sich. Amerika, das von diesen Noten verschämtlosig am wenigsten zu fühlen bekommt, legt gegenüber dem leidenden Europa die strotzige Gleichgültigkeit an den Tag. Die Konferenz in London kämpfte nahezu mit denselben Schwierigkeiten wie Germania.

Einzelne Denkende sehen diese Erscheinungen innerhalb der siegreichen Staaten sehr deutlich. Ja, es gibt sogar bedeutsame Staatenbewegungen, verdeckt insbesondere in den Gewerkschaften und sozialistischen Parteien, welche die Wahrheit des wirtschaftlichen Weltkommunismus und der daraus mit Richtigkeit folgenden

keines schlechtes, das sie auch aus finanziellen Gründen nicht auszubürgern hätte.

Pramer (Obereichsfeld) ist mit der Tarifpolitik einverstanden.

Bindels (M.-Glauchau) weist darauf hin, daß in allen Tarifverhandlungen die Christen davon arbeiten, die sozialen Kopfschläge zu erhöhen.

Knops (Gotha) sagt, die Bildungsfrage für die Betriebsräte liege nun sehr im Auge, daran müsse mehr getan werden.

Sodevili (Güstrow) ist mit dem Bericht der Generalleitung einverstanden und verteidigt sich über die Tarifpolitik der Arbeitgeber.

Storch (Wiesbaden) bitte die Geschäftsstelle Wiesbaden, den damaligen Stellvertreter und seine Ursachen nicht mehr auf die Tagessitzung zu legen, damit endlich Ruhe in dieser Angelegenheit eintrete.

Muhrers (Generalleitung) ergänzt den Bericht über Steine und Eisen und über die Rüstungsmittelindustrie. Zum Streit um Mittelpunkt belont Rehner, daß er den Streit auf dieser Grundlage sehr bedauert habe. Wenn die Auslegung des Schiedsgerichts in der zitierten Weise erfolgt sei, wären unliebsame Auseinandersetzungen vermieden worden.

Birth (Generalleitung) berichtet kurz über den Gewerkschaftsangriff und hebt die markantesten Stellen hervor. Kollege Brey hat den Standpunkt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes dort vertreten,

was nach zu Ehren unseres Hauptvertretenden gefragt werden, daß er trotz der herausragendsten Post als Gewerkschaftler auf dem Kongress von Anfang an berichtet hat.

Angelausser berichtet der Kollege H. erwig über den Verbandsrat in Frankfurt. Nach beiden Referaten erläutert sich die Konferenz mit den größten Beschlüssen einverstanden und weist insbesondere den Kons. Eymann, Industriegewerkschaft betreffend, empfohlenen zurück.

Die Sitzung der Generalleitung bestätigt bezüglich der Weiterbildung der Betriebsräte im Aufsichtsrat, daß für unseren Saarbereich das Be-

triebssekretariat des ADGB in Düsseldorf die nötigen Vorbereitungen getroffen hätte. Es wäre ratsam, daß die Bahndienste die Kosten hierfür übernehmen. Die Bahndienstleiter erfüllen für damit einverstanden. Zu den Verbandsräten wurden die Kollegen Hartwig (Kassel) und Gehhardt (Wendes) wieder gewählt, in den Gauleitungsrat die Kollegen Lösch (Ecke), Pramer (Obereichsfeld), Müller (Wendes), Lang (Wiesbaden), Pegels (Freital), Bindels (M.-Glauchau), Schellmann (Dresden). Die Verhandlung hatte sich damit in sättigter Aussprache erledigt. Der Vorstand möchte darum anmerken, daß die Wahl des Generalsekretärs den Kollegen Rehner bejaht hat, der schon 10 Jahre Verbandsfunktionär bei und außerhalb auch heute noch seine Pflicht zum Dienst gegenüber freien und gewissenhaft erfüllt. Mit einem beispiellosen Hoch auf den Sekretär konnte die Konferenz geschlossen werden.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Der 9. Verbundstag der Gewerbe- und Handarbeiter

Wegberg am 21.—26. August in Wegberg. Die Debatten, bei denen der ganze Berliner Gewerkschaftsrat in diesem Jahre eine Rolle spielte, wurden bemerkenswert jährling geführt. Gemeinsam wurde durchgehend der Berliner Streit von allen anderen als den Berliner Delegierten verurteilt und erkannt, daß er die Bewilligung einer Strafe durch den Hauptvorstand des Streits zu einem Ergebnis mache. Dieser Standpunkt wurde nicht verkannt. Eine Statutenberatungssession hatte zwei Tage vor Beginn des Verbundtages statt der Sitzung der Verbundtagung stattgefunden, die 422 Gewerkschaftsvertreter durchsetzten. Entsprechend dem Vortrag der Kommunisten wurde beschlossen: Der höchste Betrag entstammt bei ständiger Schichtungssatzung beträgt für Arbeitnehmer mit einem Verdienstlohn bis 200 RM 2 RM, von 201 bis 300 RM 4 RM, von 401 bis 600 RM 6 RM, von 601 RM bis 800 RM 8 RM und ergibt für je 2 RM mit je 2 RM Steuern.

Entsprechend der Regelung der Betriebe, die für Richtig entschieden mit der Erteilung der Strafe rechnen, werden nach den Unterlagen erstmals die Schichtungssätze.

Der 10. Verbundtag und aufgestellte Schichtungssatzung des Verbundes war ein Erfolg des Gewerbe- und Handarbeiterkommunale-

Unterstützungskomitees.

Den zweiten Verbundtag begnügt der Schichtungsrat die Geschäftsführung des Sozialistischen Gewerkschaftsbundes in Bezug auf die Schaffung der Gewerbe- und Handarbeiterkommunale Unterstützungskommissionen.

Die 11. Gewerkschaftstagung fand im "Proletarier" 1921 ber-

ichtet:

in Nr. 22, Seite 108, Schichtungssatzung Soßen, 23, 115, Sehnde, 24, 122, Schlesien und Steinkohlenmischer für wirtschaftliche Demobilisierung in Hessen, 25, 186, Siegen, 26, 187, Großheringen, 27, 188, Groß-Berlin, 28, 196, Brandenburg, 29, 210, Bautzen, 30, 224, Sachsen, Düsseldorf.

Betriebskundmachungen im Gen. 13.

Nach Umfrage im Gen. 13 befinden sich in dessen Beilage 31 Betriebskundmachungen (BKM), die über 37 500 Beschäftigte umfassen. An der Spitze marschiert die chemische Industrie mit 17 800 und 31 560 Beschäftigten, an zweiter Stelle steht Steine und Eisen mit 7450 Lassen und 4254 Beschäftigten, dann folgt Lebensmittel-Industrie mit 4 Lassen und 1303 Beschäftigten, sodann Papier und Zellstoffe Industrie mit über 1200 Beschäftigten. Was der Bericht ist zu erkennen, daß noch nicht bei allen BKM der Grundlohn bis zu 120 RM festgesetzt ist. Bei nur acht Lassen ist der Standard angegeben, bei sechs wird vom zweiten Tage an Standardlohn gesetzt. Die Regelstellung = 50 Prozent des Grundlohns als Grundlohn zahlen noch vier Lassen; die übrigen gewöhnen Mehrleistung bis zu 75 Prozent des Grundlohnes. In elf Lassen wird für sieben Tage und bei einer mit für Wechselarbeiter in der Woche Standardlohn bezahlt. Es ist dadurch ersichtlich, daß es in Betrieben mit Wechselarbeitern, also in kommunalen Betrieben, auch nur für sieben Tage Standardlohn zahlen. Nur sechs BKM zahlen das 40fache des Grundlohnes als Standardlohn, die übrigen zahlen das geistige 20fache oder gehen bis zum 30fachen des Grundlohnes. Daß alle gewöhnen als Mehrleistung die Standardlohn, wobei mit zwei gesonderte Beiträge ersehen, die aber stimmen sind. Bei 19 Lassen werden die Arbeiter bei der Einführung unterrichtet. Das Mitteln des Betriebes wird von mehreren Weisen bei Standard und Betriebsausfällen ein besonderer Zuschlag zum Standardlohn gezahlt, jedoch nur drei Betriebe haben diese Zahlung in bestimmte Zeiten gebraucht. Alle anderen gewöhnen auf Antrag bei nicht über weniger Mitwirkung des Arbeitnehmers einen Zuschlag aus dem Wert- oder Wohlfahrtsfonds. Herausgeschafft muss werden, daß von den drei Betrieben eine Stunde die Zifferung zwischen Lohn und Standardlohn zahlt, eine andere bei Betriebsausfällen die Zifferung zwischen Lohn und Standardlohn trifft und die andere bei Errichtung eines Betriebsmittels mit die Zifferung 105 RM und für jedes Kind unter 14 Jahren 18 RM pro Woche zahlt.

Diese Zusammenstellung, die den Ortsverordnungen vom Gen. 13 und den Kundmachungen unseres Verbundes sowie den Delegierten der sozialen Gewerbe, zusammestellt, gibt hoffentlich manche Orientierung für einen weiteren Anfang der von einzelnen Betriebskundmachungen zu forsetzen.

Die 12. Gewerkschaftstagung fand am 28. September 1921 in Berlin statt. Die Delegierten der Gewerkschaften und Betriebe, die an der Versammlung teilnahmen, waren sehr zufrieden mit dem Ergebnis des Berichtes über die Tarifverhandlungen der Gewerkschaften, welche keine Veränderungen brachten. Durch den Berichterstatter eines Betriebskundmachungen wurde eine 21 Stundenarbeitszeit geheißen. Es waren jedoch einige Abgeordnete, welche die 21 Stundenarbeitszeit ablehnten, da sie die 21 Stundenarbeitszeit als ungünstig für die Betriebe ansahen.

Die 13. Gewerkschaftstagung fand am 28. September 1921 in Berlin statt. Die Delegierten der Gewerkschaften und Betriebe, die an der Versammlung teilnahmen, waren sehr zufrieden mit dem Ergebnis des Berichtes über die Tarifverhandlungen der Gewerkschaften, welche keine Veränderungen brachten.

Die 14. Gewerkschaftstagung fand am 28. September 1921 in Berlin statt. Die Delegierten der Gewerkschaften und Betriebe, die an der Versammlung teilnahmen, waren sehr zufrieden mit dem Ergebnis des Berichtes über die Tarifverhandlungen der Gewerkschaften, welche keine Veränderungen brachten.

Die 15. Gewerkschaftstagung fand am 28. September 1921 in Berlin statt. Die Delegierten der Gewerkschaften und Betriebe, die an der Versammlung teilnahmen, waren sehr zufrieden mit dem Ergebnis des Berichtes über die Tarifverhandlungen der Gewerkschaften, welche keine Veränderungen brachten.

Die 16. Gewerkschaftstagung fand am 28. September 1921 in Berlin statt. Die Delegierten der Gewerkschaften und Betriebe, die an der Versammlung teilnahmen, waren sehr zufrieden mit dem Ergebnis des Berichtes über die Tarifverhandlungen der Gewerkschaften, welche keine Veränderungen brachten.

Die 17. Gewerkschaftstagung fand am 28. September 1921 in Berlin statt. Die Delegierten der Gewerkschaften und Betriebe, die an der Versammlung teilnahmen, waren sehr zufrieden mit dem Ergebnis des Berichtes über die Tarifverhandlungen der Gewerkschaften, welche keine Veränderungen brachten.

Die 18. Gewerkschaftstagung fand am 28. September 1921 in Berlin statt. Die Delegierten der Gewerkschaften und Betriebe, die an der Versammlung teilnahmen, waren sehr zufrieden mit dem Ergebnis des Berichtes über die Tarifverhandlungen der Gewerkschaften, welche keine Veränderungen brachten.

Die 19. Gewerkschaftstagung fand am 28. September 1921 in Berlin statt. Die Delegierten der Gewerkschaften und Betriebe, die an der Versammlung teilnahmen, waren sehr zufrieden mit dem Ergebnis des Berichtes über die Tarifverhandlungen der Gewerkschaften, welche keine Veränderungen brachten.

Die 20. Gewerkschaftstagung fand am 28. September 1921 in Berlin statt. Die Delegierten der Gewerkschaften und Betriebe, die an der Versammlung teilnahmen, waren sehr zufrieden mit dem Ergebnis des Berichtes über die Tarifverhandlungen der Gewerkschaften, welche keine Veränderungen brachten.

Die 21. Gewerkschaftstagung fand am 28. September 1921 in Berlin statt. Die Delegierten der Gewerkschaften und Betriebe, die an der Versammlung teilnahmen, waren sehr zufrieden mit dem Ergebnis des Berichtes über die Tarifverhandlungen der Gewerkschaften, welche keine Veränderungen brachten.

Die 22. Gewerkschaftstagung fand am 28. September 1921 in Berlin statt. Die Delegierten der Gewerkschaften und Betriebe, die an der Versammlung teilnahmen, waren sehr zufrieden mit dem Ergebnis des Berichtes über die Tarifverhandlungen der Gewerkschaften, welche keine Veränderungen brachten.

Die 23. Gewerkschaftstagung fand am 28. September 1921 in Berlin statt. Die Delegierten der Gewerkschaften und Betriebe, die an der Versammlung teilnahmen, waren sehr zufrieden mit dem Ergebnis des Berichtes über die Tarifverhandlungen der Gewerkschaften, welche keine Veränderungen brachten.

Die 24. Gewerkschaftstagung fand am 28. September 1921 in Berlin statt. Die Delegierten der Gewerkschaften und Betriebe, die an der Versammlung teilnahmen, waren sehr zufrieden mit dem Ergebnis des Berichtes über die Tarifverhandlungen der Gewerkschaften, welche keine Veränderungen brachten.

Die 25. Gewerkschaftstagung fand am 28. September 1921 in Berlin statt. Die Delegierten der Gewerkschaften und Betriebe, die an der Versammlung teilnahmen, waren sehr zufrieden mit dem Ergebnis des Berichtes über die Tarifverhandlungen der Gewerkschaften, welche keine Veränderungen brachten.

Die 26. Gewerkschaftstagung fand am 28. September 1921 in Berlin statt. Die Delegierten der Gewerkschaften und Betriebe, die an der Versammlung teilnahmen, waren sehr zufrieden mit dem Ergebnis des Berichtes über die Tarifverhandlungen der Gewerkschaften, welche keine Veränderungen brachten.

Die 27. Gewerkschaftstagung fand am 28. September 1921 in Berlin statt. Die Delegierten der Gewerkschaften und Betriebe, die an der Versammlung teilnahmen, waren sehr zufrieden mit dem Ergebnis des Berichtes über die Tarifverhandlungen der Gewerkschaften, welche keine Veränderungen brachten.

Die 28. Gewerkschaftstagung fand am 28. September 1921 in Berlin statt. Die Delegierten der Gewerkschaften und Betriebe, die an der Versammlung teilnahmen, waren sehr zufrieden mit dem Ergebnis des Berichtes über die Tarifverhandlungen der Gewerkschaften, welche keine Veränderungen brachten.

Die 29. Gewerkschaftstagung fand am 28. September 1921 in Berlin statt. Die Delegierten der Gewerkschaften und Betriebe, die an der Versammlung teilnahmen, waren sehr zufrieden mit dem Ergebnis des Berichtes über die Tarifverhandlungen der Gewerkschaften, welche keine Veränderungen brachten.

Die 30. Gewerkschaftstagung fand am 28. September 1921 in Berlin statt. Die Delegierten der Gewerkschaften und Betriebe, die an der Versammlung teilnahmen, waren sehr zufrieden mit dem Ergebnis des Berichtes über die Tarifverhandlungen der Gewerkschaften, welche keine Veränderungen brachten.

Die 31. Gewerkschaftstagung fand am 28. September 1921 in Berlin statt. Die Delegierten der Gewerkschaften und Betriebe, die an der Versammlung teilnahmen, waren sehr zufrieden mit dem Ergebnis des Berichtes über die Tarifverhandlungen der Gewerkschaften, welche keine Veränderungen brachten.

Die 32. Gewerkschaftstagung fand am 28. September 1921 in Berlin statt. Die Delegierten der Gewerkschaften und Betriebe, die an der Versammlung teilnahmen, waren sehr zufrieden mit dem Ergebnis des Berichtes über die Tarifverhandlungen der Gewerkschaften, welche keine Veränderungen brachten.

Die 33. Gewerkschaftstagung fand am 28. September 1921 in Berlin statt. Die Delegierten der Gewerkschaften und Betriebe, die an der Versammlung teilnahmen, waren sehr zufrieden mit dem Ergebnis des Berichtes über die Tarifverhandlungen der Gewerkschaften, welche keine Veränderungen brachten.

Die 34. Gewerkschaftstagung fand am 28. September 1921 in Berlin statt. Die Delegierten der Gewerkschaften und Betriebe, die an der Versammlung teilnahmen, waren sehr zufrieden mit dem Ergebnis des Berichtes über die Tarifverhandlungen der Gewerkschaften, welche keine Veränderungen brachten.

Die 35. Gewerkschaftstagung fand am 28. September 1921 in Berlin statt. Die Delegierten der Gewerkschaften und Betriebe, die an der Versammlung teilnahmen, waren sehr zufrieden mit dem Ergebnis des Berichtes über die Tarifverhandlungen der Gewerkschaften, welche keine Veränderungen brachten.

Die 36. Gewerkschaftstagung fand am 28. September 1921 in Berlin statt. Die Delegierten der Gewerkschaften und Betriebe, die an der Versammlung teilnahmen, waren sehr zufrieden mit dem Ergebnis des Berichtes über die Tarifverhandlungen der Gewerkschaften, welche keine Veränderungen brachten.

Die 37. Gewerkschaftstagung fand am 28. September 1921 in Berlin statt. Die Delegierten der Gewerkschaften und Betriebe, die an der Versammlung teilnahmen, waren sehr zufrieden mit dem Ergebnis des Berichtes über die Tarifverhandlungen der Gewerkschaften, welche keine Veränderungen brachten.

Die 38. Gewerkschaftstagung fand am 28. September 1921 in Berlin statt. Die Delegierten der Gewerkschaften und Betriebe, die an der Versammlung teilnahmen, waren sehr zufrieden mit dem Ergebnis des Berichtes über die Tarifverhandlungen der Gewerkschaften, welche keine Veränderungen brachten.

Die 39. Gewerkschaftstagung fand am 28. September 1921 in Berlin statt. Die Delegierten der Gewerkschaften und Betriebe, die an der Versammlung teilnahmen, waren sehr zufrieden mit dem Ergebnis des Berichtes über die Tarifverhandlungen der Gewerkschaften, welche keine Veränderungen brachten.

Die 40. Gewerkschaftstagung fand am 28. September 1921 in Berlin statt. Die Delegierten der Gewerkschaften und Betriebe, die an der Versammlung teilnahmen, waren sehr zufrieden mit dem Ergebnis des Berichtes über die Tarifverhandlungen der Gewerkschaften, welche keine Veränderungen brachten.

Die 41. Gewerkschaftstagung fand am 28. September 1921 in Berlin statt. Die Delegierten der Gewerkschaften und Betriebe, die an der Versammlung teilnahmen, waren sehr zufrieden mit dem Ergebnis des Berichtes über die Tarifverhandlungen der Gewerkschaften, welche keine Veränderungen brachten.

Die 42. Gewerkschaftstagung fand am 28. September 1921 in Berlin statt. Die Delegierten der Gewerkschaften und Betriebe, die an der Versammlung teilnahmen, waren sehr zufrieden mit dem Ergebnis des Berichtes über die Tarifverhandlungen der Gewerkschaften, welche keine Veränderungen brachten.

Die 43. Gewerkschaftstagung fand am 28. September 1921 in Berlin statt. Die Delegierten der Gewerkschaften und Betriebe, die an der Versammlung teilnahmen, waren sehr zufrieden mit dem Ergebnis des Berichtes über die Tarifverhandlungen der Gewerkschaften, welche keine Veränderungen brachten.

Die 44. Gewerkschaftstagung fand am 28. September 1921 in Berlin statt. Die Delegierten der Gewerkschaften und Betriebe, die an der Versammlung teilnahmen, waren sehr zufrieden mit dem Ergebnis des Berichtes über die Tarifverhandlungen der Gewerkschaften, welche keine Veränderungen brachten.

Die 45. Gewerkschaftstagung fand am 28. September 1921 in Berlin statt. Die Delegierten der Gewerkschaften und Betriebe, die an der Versammlung teilnahmen, waren sehr zufrieden mit dem Ergebnis des Berichtes über die Tarifverhandlungen der Gewerkschaften, welche keine Veränderungen brachten.

Die 46. Gewerkschaftstagung fand am 28. September 1921 in Berlin statt. Die Delegierten der Gewerkschaften und Betriebe, die an der Versammlung teilnahmen, waren sehr zufrieden mit dem Ergebnis des Berichtes über die Tarifverhandlungen der Gewerkschaften, welche keine Veränderungen brachten.

Die 47. Gewerkschaftstagung fand am 28. September 1921 in Berlin statt. Die Delegierten der Gewerkschaften und Betriebe, die an der Versammlung teilnahmen, waren sehr zufrieden mit dem Ergebnis des Berichtes über die Tarifverhandlungen der Gewerkschaften, welche keine Veränderungen brachten.

Die 48. Gewerkschaftstagung fand am 28. September 1921 in Berlin statt. Die Delegierten der Gewerkschaften und Betriebe, die an der Versammlung teilnahmen, waren sehr zufrieden mit dem Ergebnis des Berichtes über die Tarifverhandlungen der Gewerkschaften, welche keine Veränderungen brachten.

Die 49. Gewerkschaftstagung fand am 28. September 1921 in Berlin statt. Die Delegierten der Gewerkschaften und Betriebe, die an der Versammlung teilnahmen, waren sehr zufrieden mit dem Ergebnis des Berichtes über die Tarifverhandlungen der Gewerkschaften, welche keine Veränderungen brachten.

Beilage zum Proletarier

Nummer 36

Montag, 9. September 1922

31. Jahrgang

Aus der Industrie

Chemische Industrie

Aus dem Jahresbericht 1921 der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie.

Die Zahl der Betriebe ist auf 16 116 gegen 15 011 im Vorjahr gestiegen, wobei zu beachten ist, daß für 1921 eine Einheit Betriebe auf Grund des Friedensvertrages aus der Statistik ausgeschlossen ist. Die Zahl der Vollarbeiter betrug 373 741 gegen 340 310, eine Steigerung von 9,82 Prozent. Die Zahl der Einzelarbeiter stieg auf 568 276 gegen 635 313 im Vorjahr. Die durchschnittliche Schätzzahl des Einzelarbeiters betrug 197, das ist ein Mehr von durchschnittlich 7 Schülern gegen das Vorjahr. Die Stabilität im Arbeitsverhältnis hat sich gegen 1913 wesentlich verbessert, betrug doch damals die durchschnittliche Schätzzahl des Einzelarbeiters nur 170.

Für die einzelnen Sektionen ergeben sich folgende Zahlen:

Sektion	Zahl der Betriebe	Zahl der Einzelarbeiter	Zahl der Vollarbeiter
I. Berlin . . .	2488 (2450)	67 671 (78 972)	42 815 (39 618)
II. Breslau . . .	974 (932)	23 735 (22 335)	17 214 (16 124)
III. Hamburg . . .	2020 (2087)	83 898 (75 456)	55 589 (46 457)
IV. Köln . . .	2679 (2659)	109 216 (114 329)	70 591 (66 606)
V. Leipzig . . .	2775 (2756)	125 216 (115 488)	80 512 (77 557)
VI. Mannheim . . .	1348 (1340)	64 154 (57 384)	41 800 (39 451)
VII. Frankfurt a. M. . .	1143 (1112)	59 742 (46 580)	42 928 (36 572)
VIII. Nürnberg . . .	1616 (1645)	29 644 (26 773)	19 297 (17 912)
	15116 (15011)	568 276 (635 313)	373 741 (340 310)

Die eingestellerten Zahlen sind die des Vorjahrs. Bei allgemeiner Verbesserung der Betriebe haben die Sektionen Berlin und Nürnberg einen Verlust zu verzeichnen. In den Sektionen Berlin und Köln ist die Zahl der Einzelarbeiter trotz gestiegener Zahl der Vollarbeiter zurückgegangen, so daß in diesen Betrieben eine besondere Bemühung der Gütekritik des Arbeitsverhältnisses zu verzeichnen ist.

Die Gesamtlohnsumme für die Pflichtarbeiter betrug 5 933 028 482 M. gegen 3 538 857 767 M. im Vorjahr. Der durchschnittliche Lohnarbeitsdienst eines Vollarbeiters stieg von 10 003 M. in 1920 auf 15 306 M. in 1921.

Nach dem Bericht der technischen Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaft wurden im Jahre 1921 von insgesamt 14 998 Betrieben (die Verwaltung der Berufsgenossenschaft gibt 15 116 an) 5087 beschädigt. Das sind 33,9 Prozent der Betriebsanlagen gegen 34,3 Prozent im Vorjahr. Die in den Jahren 1918, 1919 und 1920 erfolgte Befreiung in der Zahl der beschädigten Betriebe hat also nicht angehalten, vielmehr einer stetigen Bewegung Platz gewichen. Es hat sich wie eine Entwicklung dieser Ziffern, daß von den 14 288 Betrieben 5 766 Sporthäfen sind, die im allgemeinen nur in mehrjährigen Zwischenräumen der Beschädigung bedurften. Die Sporthäfen abgerechnet, ergeben für 55,1 Prozent beschädigte Betriebe. In den fehlenden Berichten ist auch auf die Sporthäfen nicht Bezug genommen; es fehlt also die Vergleichsmöglichkeit. Fest steht, daß die Aufsichtsbeamten über eine Verbesserung der Betriebe um 110 und eine Verbesserung der Beschädigung um 83 berichten.

Die Zahl der gemeldeten Unfälle hat sich gegen 1920 um 2962 erhöht, und zwar auf 20 512 gegenüber 17 550, das ist eine Zunahme von 16,9 Prozent. Die erstmals entzündlichen Unfälle steigen von 2009 auf 2496 über 24,4 Prozent, während die Unfälle mit tödlichem Ausgang um 28,5 Prozent von 293 auf 509 gestiegen sind.

Lehrreich ist folgender Vergleich. Es kommen je ein gemeldeter Unfall:

im Jahre 1912 auf 17,14 Vollarbeiter,	
1913 18,09	
1920 19,39	
1921 18,22	

je ein entzündiger Unfall:

im Jahre 1912 auf 131,97 Vollarbeiter,	
1913 141,14	
1920 169,39	
1921 149,73	

und je ein tödlicher Unfall:

im Jahre 1912 auf 1864,32 Vollarbeiter,	
1913 1941,46	
1920 865,93	
1921 734,26	

Daraus ergibt sich eine steile Steigerung der gemeldeten und entzündlichen Unfälle von 1912 bis 1920 und dann eine Senkung dieser Zahlen für 1921. Die tödlichen Unfälle vermindern sich von 1912 auf 1913, erreichen aber in den Jahren 1920 und 1921 eine erhebende Höhe. Dabei ist zu beachten, daß größere Katastrophen in der chemischen Industrie fast über den Rahmen der chemischen Berufsgenossenschaft hinausgehen, weil die Explosionen über das Fabrikgrundstück hinausgreifen und in der chemischen Industrie meist betriebsfremde Arbeiter beschäftigt werden, die anderen Berufsgenossenschaften angehören. Bei der Explosionskatastrophe in Oppau kommt das befürchtet drastisch zum Ausdruck, so daß der Bericht diese Katastrophe mit verzeichnet. In Oppau wurden 580 Personen bei der Explosion getötet und rund 2000 wurden verletzt. Der Bericht spricht aber insgesamt nur von 509 tödlichen und 2496 entzündlichen Unfällen. Damit ist erwiesen, daß die Gefahren für die Arbeiter der chemischen Industrie nicht allein nach den Berichten der Berufsgenossenschaft dieser Industrie zu bewerten sind.

Einige Unfälle des späten, im Bericht festgehaltenen Materials wollen wir an dieser Stelle besprechen. Die Oppauer Katastrophe können wir dabei übersiehen, sie ist noch in aller Erinnerung.

Die Wissenschaftsbüchlein und Blündererlebichte werden wieder aufzutragen. Der Bericht legt darüber: teils durch höenes Verhältnis der Arbeiter, teils durch die außerordentlich schlechte Art, wie am besten Arbeit verbunden ist. Wir können ein solches Verhältnis der Arbeiter mit in ganz vereinfachten Zahlen ausdrücken. In dem Bericht sagen sie die Aufsichtsbeamten, daß hier die Lage, selbst bei Sprengstoffschmieden vorhandene Anlagen, bestimmt werden muß, daß das Ausmaß des Sprengstoffes aus Sprengstoffen unbedeutend sei. Und diese gefährliche Zahlen wird zweimal im Bericht ausgeführt, wogegen wir an dieser Stelle nochmals schriftlich erheben. Bei solcher Arbeit explodieren in einem Betrieb 49 Granaten und zerstümmeren die ganze Montageanlage. Ein Arbeiter wurde getötet, drei schwer und fünf leicht verletzt.

In einer anderen Einlage wurden einige Sprengstoffe gesprengt, welche in einem Raumabstand gespeichert waren. Beim Auslösen des gesprengten Sprengstoffes wurde eine Stütze in Brand, der sich schnell ausdehnte und einen Wagen mit gefüllten Granaten zur Explosion brachte. Durch Sprengstoffe wurden 6 Sprengschleute verletzt und ein Arbeiter von einer einsitzenden Sprengsäge erschlagen.

Ein Arbeiter wurde bei einer Sprengstoffentladung getötet. Er soll durch Schlägen mit einem harten Gegenstand bereits wieder getroffenen Sprengschleim zur Entzündung gebracht haben. Von der durch entstehenden Sprengsäume wurden die Kleider mehrerer Arbeiterinnen in Brand gelegt.

In einer Sprengstofffabrik explodierten in der Schmelzanlage ungefähr 1000 Kilogramm Nitroäther. Dabei wurden 13 Arbeiter getötet und 20 verletzt.

In einer Sprengstofffabrik wurde die hier gewordene Sprengstoffmasse mit Sprengzinnstaub auf dem Fußboden gespeichert. Dabei kam es zur Explosion, bei 8 Personen zum Opfer fielen und eine Anzahl andere mehr oder weniger schwer verletzt wurden. Es wird angenommen (?), daß die Sprengstoffzündung englischerweise eine sehr spritzgefährliche Sprengstoffexplosion gehabt hat. Und wer trug die Verantwortung dafür?

Unter den Betriebsstätten wurden ziemlich ausgiebig entzündliche Gummis nach einem Rohstoff gebracht, dort ausgezogen und entzündet, wobei eine Angabe zur Explosion kam, die das Betriebsgebäude zum Einsturz brachte. 15 Personen wurden getötet und 8 verletzt. Das der Verdächtige bestreit werden ist, belegt der Bericht nicht.

Bei Arbeiter tödlichen beim Herlegen italienischer Sprengzinnstäbe getötet. Nach dem Bericht trifft die Schuld an dem Unfall die Betriebsleitung, die mit der Sprengstoffentfernung beginnen ließ, während noch bei Werkstätten die Sprengzinnstäbe und Sprengstoffabfuhr sorgfältig bemüht wurden. Auch hier fand die Angabe, ob der Sprengstoff behutsam über einen Fußabdruck zur Anzeige gebracht ist.

Beim Herlegen von Gewehrpatronen schob der mit der Verantwortung dieser Arbeit beauftragte Mann nicht vorsichtig und sorgfältig genug. Solche Sprengstoffe müssen bei dem Dauerbrand explodieren. Das war hier der Fall. Das verdiente Pulter explodierte plötzlich und zerstörte das Dorf.

Eine Sprengstoffexplosion ist bei diesen Arbeiten durch leidenschaftliches Sonnen mit leicht entzündlichen Stoffen verdeckt worden. In einem Fall galt ein heißer Benzol in die Feuerung, in einem anderen Fall brachte ein Arbeiter einen mit Benzol getränkten Delikatessen mit einem Streichholz ab. Eine Arbeiterin kam mit ihnen durch Rauchraum verschütteten Kleidern der Feuerung zu nahe, wodurch die in Brand gerieten. Ein Arbeiter machte während der Nachtigkeit „Experimente“, indem er in einem Glasröhrchen Eisenphosphat mit Schwefelsäure übergoss und das entzündende Gas entnahm, wobei er sich Brandwunden zog. Solche gefährlichen Spieldaten sollte man vermeiden. Ein Arbeiter führte in der Nähe eines offenen Gefäßes mit Benzolzähmung sein Benzintankfahrzeug heran. Hierdurch wurde das Benzol-Luftgemisch des Tankes explosionssicher entzündet und der Motor in das Gefäß mit Gasentzündung geflügelt, wo er beschmolzen. Ein Schlosser zog sich beim Nachreinigen eines Blechdampfkessels tödliche Schädelverletzungen zu. Ursache jedenfalls ein brennendes Streichholz.

Beim Erneuern eines Kessels mit einem Bleimantel ausgeteilter gesperrter Kessels entstand eine Explosion, wobei dem im Kessel befindlichen Bleischilder der Kopf zertrümmert wurde. Im Bleimantel hatten sich Beulen gebildet, die aufgebrochen werden sollten. Der Arbeiter entzündete die Beulen mit offener Flamme, wobei wahrscheinlich hinter den Beulen sitzendes Knallgas, das sich verflüssigt durch die im hellen Kesselinhalt befindliche Säure und die Gasentzündung gebildet hatte, explodierte.

So geht es weiter in hunder Reihenfolge. Auf der einen Seite ist Verbesserung der Gefahren zum Teil leichtfertiges Handwerk. Auf der anderen Seite zum Teil tödliche Verschärfung der Anordnungen und Vorschriften. Und das ganze Unglück am Menschenleben und Gesundheit wird geführt durch ein bedenkwertes Unvermögen, die Ursachen rechtzeitig zu erkennen und für die Zukunft abzustellen. Ganzlich kann den Gefahren in der chemischen Industrie nur entgegengewirkt werden, wenn die Regierung mit starker Hand, ohne Rücksicht auf private Bedienstete Interessen der Unternehmer, den gesetzlichen Bestimmungen und Verordnungen Gestalt verleiht und Gesetzesverstöße strenger bestraft.

Valuta und Gummi-Industrie.

In einem Aufsatz der Gummitzeitung vom 25. August werden über die geschäftlichen Möglichkeiten der Gummi-Industrie unter Berücksichtigung unseres Marktes verschiedene Betrachtungen ange stellt. Die in diesem Aufsatz prangende Tendenz werden jetzt von den Unternehmern ganz verschwiegen. Nach der Berücksichtigung werden wir aber zu unserem Teil zur Verbesserung beitragen, damit wir auch Gelegenheit finden, unsre gegenteilige Auffassung zu befehlen.

Unter der Überschrift „Schwere Zeiten“ geht der Artikel schreiber auf unsere Valutaverhältnisse ein und schreibt, daß der Kaufkraft durch den diplomatischen Handelsvertrag mit dem in Nr. 31 des „Proletariers“ erschienenen Artikel „Dolläriger Siegmar!“ bestrebt bleibt, um damit unsere ausländische Bedeutung zu unterstreichen. Unter Heiterkeit es gelingt, so lange wie möglich die französische Politik. Ohne diese würden wir wahrscheinlich weit schwierigere Verhältnisse haben. Gelebt den Fall, durch die Streichung unserer Verpflichtungen der Entente gegenüber würde sich unser Markt sprunghaft erhöhen, so würde damit eine markante Erholung im Innern unseres Reiches stattfinden. Dann würde mit einem Schlag nicht nur jedes Auslandsgeschäft ansteigen, sondern auch die inländischen Märkte würden eine schwierige Stellung einnehmen.“

Der einzige Trost ist, daß unsere Industrie jetzt genau studiert ist, um unsere Erzeugnisse weiterhin in vermehrtem Maße ins Ausland zu versenden. Wer politisch geführt ist, weiß, daß die Engländer gegen einen Sieg durch Vertrag, Sanktionen und Reparationen machen würden, um damit unsere ausländische Bedeutung zu unterstreichen. Unter Heiterkeit es gelingt, so lange wie möglich die französische Politik. Ohne diese würden wir wahrscheinlich weit schwierigere Verhältnisse haben. Gelebt den Fall, durch die Streichung unserer Verpflichtungen der Entente gegenüber würde sich unser Markt sprunghaft erhöhen, so würde damit eine markante Erholung im Innern unseres Reiches stattfinden. Dann würde mit einem Schlag nicht nur jedes Auslandsgeschäft ansteigen, sondern auch die inländischen Märkte würden eine schwierige Stellung einnehmen.“

Diese Aussicht ist zwar heimlich, aber außerordentlich dringlich. Eine Wirkung muss sie im Auslande ausüben, nämlich, daß die Maßnahmen Frankreichs von der deutschen Industrie und darüber hinaus als Rettung empfunden werden, während die Bevölkerungen Englands der deutschen Bevölkerung unermäßig sind. Sind obige Zeilen nicht von einem politischen Standpunkt her verfaßt, können sie nur als Aussatz unverantwortlichen Widerstandes gegen die Bemühungen auf Besserung unseres Wirtschaftslebens betrachtet werden. Anders lassen sie sich auch nicht bewerten, da der ganze Aufsatz auf hemmungsloses Ausplaudern zugunsten der Gummi-Industrie eingestellt ist. Sektionen kann man mit solchen Ausführungen im Auslande nicht erwidern, wohl aber das bestehende Missions gegen Deutschland noch verteidigen, denn der Artikel löst im Auslande die Auffassung aus, daß die deutsche Industrie die Maßnahmen Frankreichs nicht angreift, weil sie sich dadurch auf dem Weltmarkt durch Schutzmauern verteidigen kann. Solche geschäftlichen Abschreibungen dürfen aber nicht propagiert werden. Es ist bedenklich, daß gerade die Gummitzeitung, die doch auch im Auslande gelesen wird, einen so wenig von positiver Klugheit zeugenden Artikel veröffentlicht hat.

Für uns als Arbeiter enthalten die Ausführungen noch manches anderes Wissenswertes. Die Arbeitgeber passen ihre Preise dem jeweiligen Dollarkursstand schnellstens an. Sie rechtfertigen das, indem sie erklären, daß sie nur verringerte Rohstoffmengen einführen könnten, wenn sie nicht sofort mit ihren Preisen der Bewegung des Dollars folgen würden. Nur dadurch wird eine Verminderung der Produktion und Arbeitslosigkeit für die Arbeiter verhindert. Wenn wir diesen Angaben folgen wollen, was wir nicht immer können, weil ja die Rohstoffe nicht allein ausschlaggebend für die Preisgestaltung sind, so bleibt für uns immer noch die Frage offen, warum die Arbeitgeber viele Preisabschreibungen nicht auch für die Entlohnung der Arbeiter in Anspruch bringen wollen. Selbst bei reisefreiem Dolarkurs des Dollarkurzes bleiben die Löhne, weil sie heute weit unter den Auslandslöhnen stehen, noch erheblich hinter denselben zurück. Eine Vereinfachung der Konkurrenz würde also auch in diesem Falle durch die Löhne nicht zu bestreiten sein. Indem man aber zweierlei Pfeil anlegt, gibt man zu erkennen, daß es vielen Unternehmen nur auf rücksichtlose Ausbeutung der Arbeitnehmer zugunsten ihres eigenen Geldbeutels ankommt. Daraus erklärt sich auch die Furcht, vor einer vernünftigen Politik der Regierung, die uns eine Erhöhung der Matr. bringen könnte, was von der übrigen Bevölkerung sehr leicht erwartet wird. So industriellen Kreisen scheint man der Auffassung zu sein, daß der heutige Zustand bereitigt werden könnte. Man vergibt, daß endlich einmal wieder eine Erfüllung unseres Finanzierungsziels eintreten möge. Gewiß, würde das über Nacht geschehen, käme es in Deutschland zu einer wirtschaftlichen Katastrophe. Die deutsche Regierung und mit ihr die gejagten Verbraucher müssen aber fortgesetzt darauf hinzuarbeiten, daß eine Besserung der Matr. wieder eintrete. Man sollte eigentlich erwarten, daß die Industrie dem gleichen Ziele zu streben würde. Nach den Ausschreibungen in der Gummitzeitung ist das aber nicht der Fall, und man kann zwischen jeder Zeile herauslesen, daß das deutsche Volkstum manchen Industriewege willkommenen Gelegenheit bietet, sich auf Kosten der Allgemeinheit zu bereichern. Das geht klar aus der Tendenz des ganzen Artikels hervor, denn es wird darauf hingewiesen, daß die Käufer beim Steigen unseres Devisen zurückhalten würden, in der Erwartung, daß z. B. ein Anzug beim Steigen der Matr. preiswürdiger erlangt werden könnte.

Im Schlafsaal wird auf die Leipziger Messe Besuch genommen und diese als ein wichtiger Barometer der deutschen Zukunft bezeichnet. Der pessimistischen Auffassung, daß die katastrophale Entwicklung unserer Devisen die Kursspitze bringen und kommen wird, will sich der Artikelbeschreiber nicht anschließen. Im Gegenteil, er gibt der Hoffnung Ausdruck, daß sich in Leipzig nicht nur ein starker inländischer Wettbewerb entwickeln wird, sondern daß vor allem das Ausland die deutsche Industrie für so fortwährend und abwechselnd die Lieferungen im Ausland zu nehmen wird. Er sagt darin zum Schluß, das Wort Weltmarkt Hollriegs: „Denn Tugend gehet die Welt“ ist nie weiter gewesen als heute. Also, Deutschlands Ausverkauf bringt den Kaufleuten lobhaute Gewinne, darum möge uns der liebe Gott noch recht lange die elende deutsche Wirtschaft erhalten.“

Papier-Industrie

Fuchsbergse

